

# Post aus Berlin

Rundbrief der  
AfD Landesgruppe Bayern  
im Deutschen Bundestag



[www.afdbayern.de](http://www.afdbayern.de)

**AfD**

A large, stylized red arrow pointing to the right, which is a key element of the AfD logo. It is positioned below the "AfD" text.

## Skandaldebatte um AfD-Verbot: Der Dieb schreit „Haltet den Dieb“

**Absurde Auftragsarbeit bedient die Verbotsphantasien der Altparteien gegen die AfD und damit gegen 12 Millionen Wähler.** ein weiteres Werkzeug des Regierungsschutzes.

Das „Deutsche Institut für Menschenrechte“ (DIMR) agiert seit Jahren nicht unabhängig und nicht neutral. Unter dem Deckmantel der „Wissenschaft“ werden hier linke Zeitgeistthemen in die Öffentlichkeit gehoben. Zudem ist bekannt, dass alle Altparteien seit Jahren die Existenz dieses Instituts durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt sichern. Ohne Steuer- bzw. Regierungsgelder gäbe es das DIMR nicht. Und nun behauptet ausgerechnet dieses Institut, die Voraussetzungen für ein Verbot der AfD seien erfüllt. Wer sollte das ernst nehmen?

**Das DIMR sollte in den Spiegel schauen. Seine Vorwürfe gegen die AfD in dieser absurden Auftragsarbeit treffen auf es selbst zu: „Man arbeitet daran, die Grenzen des Sagbaren und damit den Diskurs so zu verschieben, dass eine Gewöhnung erfolgt“. Genau: nämlich an absurde Vorwürfe gegen die Demokratie, die AfD und damit auch gegen die inzwischen zweitstärkste deutsche Partei mit derzeit 12 Millionen Wählern!**

Zum Glück fruchtet diese Hysterie im öffentlichen Diskurs nicht mehr. Das Hyperventilieren gegen die AfD zeigt einfach nur, dass die Altparteien und ihre Auftragsschreiber keine Argumente mehr haben und zugleich nicht willens sind, ihre verheerende Politik gegen Deutschland zu ändern.

**Die ehemalige inoffizielle Mitarbeiterin der DDR-StaSi, Kahane, ist Kurator des DIMR. Die FDGO und die Menschenwürde werden also gerade von jenen Antidemokraten und menschenfeindlichen Ideologen gefährdet, die solche Gutachten beauftragen und schreiben. Der Dieb schreit „Haltet den Dieb“.**

**Die Altparteien werden zunehmend nervös. Und in solchen Fällen ist es doch „praktisch“, dass es Organisationen wie das Deutsche Institut für Menschenrechte gibt, die einem noch Gefallen schulden. Schließlich will man nicht umsonst zwölf zusätzliche Planstellen geschaffen und 40 % mehr Steuergeld ans DIMR gegeben haben, 5,2 Millionen Euro pro Jahr! Diese Studie ist eine glasklare Auftragsarbeit, die durch die Medien getrieben wird und allein dem Schutz der Altparteien dienen soll. Das DIMR schützt vor allem die Regierungsparteien und ist damit neben dem Verfassungsschutz**

### Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Haushaltspolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss
- Obmann im Unterausschuss zu Fragen der EU

 <https://t.me/pboehringer>

 [peter.boehringer@bundestag.de](mailto:peter.boehringer@bundestag.de)

 [www.pboehringer.de](http://www.pboehringer.de)

 [@pboehringer\\_mdb](https://www.instagram.com/pboehringer_mdb)

 [/PeterBoehringer](https://twitter.com/PeterBoehringer)

 [/pboehringer](https://www.youtube.com/pboehringer)

 [/Peter.BoehringerCom](https://www.facebook.com/Peter.BoehringerCom)

 [/pboehringer](https://www.tiktok.com/pboehringer)

## Die geplante Fleischsteuer muss schnellstmöglich vom Tisch

Die Ampel-Koalition beabsichtigt demnächst eine „Tierwohlabgabe“ einzuführen. Ehrlicher wäre jedoch die Bezeichnung Fleischsteuer! Wir haben die Bundesregierung mit einer Kleinen Anfrage gefragt, wie diese Fleischsteuer konkret aussehen soll, haben jedoch leider keine richtige Antwort darauf bekommen. (Antwort 20/7329 [https://dip.bundestag.de/vorgang/auswirkungen-einer-tierwohlabgabe/300493?f.wahlperiode=20&f.vorgangstyp\\_p=04Fragen%2FAnfragen&f.initiative\\_p=05BT-Fraktionen%2FGruppen&f.initiative\\_p=05BT-Fraktionen%2FGruppen~Fraktion%20der%20AfD&f.sachgebiet=Landwirtschaft%20und%20Ern%C3%A4hrung&rows=25&sort=basisdatum\\_ab&pos=6](https://dip.bundestag.de/vorgang/auswirkungen-einer-tierwohlabgabe/300493?f.wahlperiode=20&f.vorgangstyp_p=04Fragen%2FAnfragen&f.initiative_p=05BT-Fraktionen%2FGruppen&f.initiative_p=05BT-Fraktionen%2FGruppen~Fraktion%20der%20AfD&f.sachgebiet=Landwirtschaft%20und%20Ern%C3%A4hrung&rows=25&sort=basisdatum_ab&pos=6))

Es ist schade, dass die Bundesregierung sich bei einer so wichtigen Frage einfach wegduckt. Eine zusätzliche Verteuerung durch eine Fleischsteuer wäre sozial ungerecht und würde ausgerechnet die bäuerlichen Tierhalter bestrafen, die bereits weit über den gesetzlichen Mindeststandards produzieren. Für uns steht fest, dass die geplante Fleischsteuer schnellstmöglich vom Tisch muss!

Ganz besonders existenzbedroht sind die deutschen Sauenhalter. Diese müssen bis 2026 entweder in teure Umbauten investieren oder ihre Stalltüren für

immer schließen. Die Bundesregierung musste auf eine Kleine Anfrage von uns zugeben, dass sie gar nicht weiß, ob es ab 2026 überhaupt noch Sauenhaltung in Deutschland gibt. Dabei müssen wir schon heute knapp 8 Millionen lebende Ferkel aus dem Ausland importieren, weil es zu wenig Sauen gibt.

(Antwort 20/7128 [https://dip.bundestag.de/vorgang/sauenhaltung-in-deutschland/299765?f.wahlperiode=20&f.vorgangstyp\\_p=04Fragen%2FAnfragen&f.initiative\\_p=05BT-Fraktionen%2FGruppen&f.initiative\\_p=05BT-Fraktionen%2FGruppen~Fraktion%20der%20AfD&f.sachgebiet=Landwirtschaft%20und%20Ern%C3%A4hrung&rows=25&sort=basisdatum\\_ab&pos=11](https://dip.bundestag.de/vorgang/sauenhaltung-in-deutschland/299765?f.wahlperiode=20&f.vorgangstyp_p=04Fragen%2FAnfragen&f.initiative_p=05BT-Fraktionen%2FGruppen&f.initiative_p=05BT-Fraktionen%2FGruppen~Fraktion%20der%20AfD&f.sachgebiet=Landwirtschaft%20und%20Ern%C3%A4hrung&rows=25&sort=basisdatum_ab&pos=11))

Diese völlig unverantwortliche Politik der Bundesregierung belastet die deutsche Landwirtschaft, aber auch uns Endverbraucher immer schwerer und ist schon lange nicht mehr zumutbar. Sie ist verantwortlich für die völlig übersteuerten Lebensmittelpreise, die sich kaum noch jemand leisten kann, und weigert sich etwas dagegen zu unternehmen.

Unsere Forderungen liegen schon lange auf dem Tisch:

<https://afdbundestag.de/eckpunktepapier-ernaehrungssicherheit-bezahlbare-lebensmittelpreise/>



### Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

 /StephanProtschkaMdB

 /Protschka

 stephan.protschka@bundestag.de

 @stephan.protschka.mdb

 /protchka.stephan

 @AfDProtschka

 www.stephan-protschka.de

 @protchkasposition

## Verfolgung oppositioneller Politiker in Deutschland

In Deutschland werden Oppositionelle verfolgt, durch den Inlandsgeheimdienst beobachtet, eingeschüchert und diffamiert. Hausdurchsuchungen, körperliche Gewalt, unfaire Anklagen und Gerichtsprozesse sind an der Tagesordnung, wenn man sich gegen die Regierung betätigt. Egal ob als Demo-Organisator oder im Parlament – Systemkritiker werden verfolgt.

Nach meiner Initiative im Europarat, Deutschland wegen dieser Verfolgung der Opposition beobachten zu lassen, hat das Thema nun unsere Bundesvorsitzende Alice Weidel zur Chefsache gemacht. In einem ausführlichen Interview mit dem „stern“ warf sie dem Verfassungsschutz vor, die AfD aus parteitaktischen Gründen zu bekämpfen: "Bei uns wird ein Inlandsgeheimdienst aufgefahren, um eine Partei vom politischen Wettbewerb auszuschließen. Der Verfassungsschutz ist selbst verfassungsfeindlich"... "Hier wird die AfD zur politisch Verfolgten gemacht. Auch ich fühle mich politisch verfolgt."

Ich werde diese Verbrechen weiter im Europarat anprangern. Diese Institution hat sich die Einhaltung der Menschenrechte in Europa auf die Fahnen geschrieben. Die zahlreichen Fälle der Unterdrückung von Oppositionellen, die sogar Menschenrechtsverletzungen (Einbruch in die Privatsphäre, schwere Körperverletzungen, Tötungsversuche,

Missbrauch von Polizei und Justiz) beinhalten und die die Rechtsstaatlichkeit in Deutschland gefährden, müssen endlich international gesehen und geahndet werden.

Während man z. B. eine verurteilte und nachweislich linksradikale Anführerin einer Terrorgruppe, die eine Blutspur hinter sich herzieht, auf freien Fuß setzt, sitzt eine ehemalige Bundestagsabgeordnete der AfD seit über einem halben Jahr wegen des Vorwurfs, einen Umsturz geplant zu haben, in Untersuchungshaft. Von wem geht Ihrer Meinung nach mehr Gefahr aus?

Regierungskritik wurde und wird auch im Zusammenhang mit den unverhältnismäßigen und teilweise sogar gesundheitsschädlichen Corona-Maßnahmen hart bestraft. Prof. Sucharit Bhakdi wurde vor Gericht gezerrt für seine fachkundigen Anmerkungen dazu. Michael Ballweg hat man sogar ohne Gerichtsverfahren für neun Monate (!) in den Knast gesteckt. So wird Opposition in Deutschland mundtot gemacht. Bhakdi gehört ins Schloss Bellevue und nicht auf die Anklagebank! Wann kümmert man sich eigentlich um die wahren Verbrechen der Corona-Zeit?

Liebe Freunde, dagegen wenden wir uns von der AfD! Ich persönlich setze mich weiter für Sie ein, für ein Leben in Frieden und Freiheit!

### Petr Bystron, MdB

Wahlkreis 217: München-Nord

#### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Außenpolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
- AfD-Mitglied im Vorstand des Kuratoriums der KENFO Stiftung



[petr.bystron@bundestag.de](mailto:petr.bystron@bundestag.de)



[www.petrbystron.de](http://www.petrbystron.de)



[/bystronpetr](https://www.facebook.com/bystronpetr)

## Hitzeschutzplan der Ampel ist Teil einer ideologisch verblendeten Politik

Man höre und staune: Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) maveränderung zu machen und so die ideologisch verblendete „Klimaretungspolitik“ zu stützen; eine Politik, die den Deutschen nur Geld und Freiheit kostet.

Fakt ist jedoch: Der „Hitzeschutzplan“ des Gesundheitsministers ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten. Noch vor wenigen Monaten mussten Schüler bei hochsommerlichen Temperaturen stundenlang mit Maske in der Schule sitzen oder im Pausenhof ausharren, alte Menschen in Seniorenheimen Tag für Tag Maske tragen. Während der Minister mit seiner Corona-Politik auch an heißen Arbeitsplätzen die Menschen zum Maskentragen nötigte und dabei gesundheitliche Beeinträchtigungen billigend in Kauf nahm, fordert er nun einen Hitzeschutzplan.

Lauterbachs Politik ist nichts weiter als populistischer Irrsinn in Serie und hat mit Lebensschutz rein gar nichts zu tun. Unsere Fraktion hat die völlig überzogenen Maskenregelungen zu Recht immer kritisiert. Ebenso halten wir den nun geplante Hitzeschutzplan für vollkommen unnötig; es ist offensichtlich, warum Lauterbach dieses Vorhaben auf die Tagesordnung setzt: Als Teil der Ampel-Regierung muss er seinen Part dazu beitragen, um den Menschen Angst vor einer angeblich menschengemachten Klima-

### Martin Sichert, MdB

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord  
Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Ausschuss für Gesundheit
  - Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- Gesundheitspolitischer Sprecher

 /sichertmartin

 /martinsichert

 /martinsichertinfo

 /MartinSichertMdB

 /Martin\_Sichert

 martin.sichert@bundestag.de

## Deutsche Bahn: Misere politisch erzeugt – Ideologen und Lobbyisten stoppen!

Wer regelmäßig Bahn fährt, weiß es: Es brennt an allen Ecken und Enden, obwohl viele Mitarbeiter sehr engagiert sind. Der Bahnkonzern hat große strukturelle Probleme. Diese hat vor allem die Politik verursacht: Die Deutsche Bahn ist seit den Börsenplänen der Kohl-Regierung (Bahnreform 1994) eine Aktiengesellschaft mit über 600 Tochterunternehmen; viele davon sind hauptsächlich im Ausland aktiv. Die Steuerung des Konzerns ist schwierig: Bei einer AG hat der Vorstand das Sagen, nicht der Bund als Eigentümer.

Um die Bahn wieder auf die Spur zu bringen, muss die Politik für eine neue Bahnreform sorgen. Im Bundestag prallen dazu sehr verschiedene Konzepte aufeinander. Die Ampel will nur eine Mini-Reform mit dem Zusammenlegen der Sparten für Gleise und Bahnhöfe. Damit sichert sie vor allem die Macht der großen SPD-nahen Gewerkschaft EVG. Trotz des schlechten Zustands der Bahn macht die Ampel Riesen-Versprechungen, was die Bahn bis 2030 alles können soll. So erntet sie am Ende wohl nur großen Ärger: Protest der Bürger, Enttäuschung der Kunden und Frustration der Mitarbeiter!

Die Union will das Auslandsgeschäft beibehalten und andererseits die Konzernmutter Deutsche Bahn AG auflö-

sen. Mit so einem Plan kann man die Bahn kaum voranbringen.

Statt dieser fixen Ideen setzt die AfD-Fraktion auf wirkliche Verbesserungen bei der Bahn, die im deutschen Interesse liegen. Am wichtigsten sind dafür vier Punkte:

1. Die Bahn muss sich wieder auf Deutschland konzentrieren.
2. Statt der vielen kleinen Fürstentümer braucht der Konzern eine klare Struktur.
3. Weil die Börsenpläne Vergangenheit sind, muss die Bahn keine Aktiengesellschaft mehr sein.
4. Der Bund muss seine Verantwortung fürs Schienennetz klar und transparent erfüllen, so wie er es ganz selbstverständlich auch für die Autobahnen tut.

Unsere Ziele für eine neue Deutsche Bahn sind Transparenz, Robustheit, Sparsamkeit und die Sicherstellung der Daseinsvorsorge. Anstatt Hinterzimmer-Pläne zu produzieren wie z.B. die Ampel, sollen Bund, Länder und Unternehmen und Organisationen des Bahnsektors gemeinsam eine Lösung erarbeiten. So können grüne Ideologen und Lobbygruppen wie die EVG am besten in die Schranken gewiesen werden!

### Wolfgang Wiehle, MdB

### Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Haushaltsausschuss
- Verkehrsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Digitales
- Petitionsausschuss

✉ [wolfgang.wiehle@bundestag.de](mailto:wolfgang.wiehle@bundestag.de)

fb /w.wiehle

www [www.wolfgang-wiehle.de](http://www.wolfgang-wiehle.de)



## Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss

 @Dr\_Rainer\_Kraft

 www.rainer-kraft-mdb.de

 /RainerKraftAfD

 /dr.rainer.kraft

## Vorabbericht interfraktionelle Umweltkonferenz der AfD

Der Arbeitskreis Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz der AfD im Deutschen Bundestag hat sich, bereits im Herbst vergangenen Jahres, vorgenommen mit einer erneuten Umweltkonferenz Impulse für den Landtagswahlkampf in Bayern und Hessen zu setzen. Die letzte Umweltkonferenz ist nun schon, Corona bedingt 4 Jahre her als sich die AfD Umweltpolitiker zuletzt 2019 in Dresden trafen.

Umweltschutz ist ein zutiefst konservatives Anliegen. Sicherlich formt die Gesellschaft die Natur und wandelt sie von der unberührten in eine Kulturlandschaft um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Allerdings auch nur in dem Maße in dem dies nötig ist und in der Regel nicht darüber hinaus, da für solch eine Überproduktion keine Nachfrage besteht und sie daher ineffizient und unproduktiv ist. In der sozialen Marktwirtschaft rechnet Ausbeutung der Ressourcen jenseits der Marktnachfrage eben nicht. Damit unterscheidet man sich auch von der sozialistischen Planwirtschaft. Dort wird produziert entsprechend der Vorgabe. Ob die Produkte einen Abnehmer finden spielt dabei keine Rolle. Als Beispiel mag die Produktion von Strom aus Wind und Sonne dienen die zu entsprechenden Zeiten viel mehr produzieren als nachgefragt wird. Für diese

ineffiziente Überproduktion werden dann Wälder gerodet und gute landwirtschaftliche Flächen mit Solarmodulen überbaut, alles finanziert über staatliche Subventionen.

Seit 2019 hat sich aber auch hin der Ausrichtung der Arbeitskreise etwas geändert. Durch die Schaffung eines eigenen Klimaausschusses steht das Thema des Klimas weniger im Fokus bei der kommenden Konferenz. Es bietet sich also die Möglichkeit alternative Pfade abseits dieses AfD Kernthemas in den Bereichen Umwelt- und Naturschutz zu begehen. Zu erwartende Themen werden also die Algenblüte in der Oder sein, natürlich der Wolf und wie er in die Kulturlandschaft passen kann, aber auch wie Deutschland seinen Weg zu einem Endlager für radioaktive Stoffe beschleunigen kann, 2110 als realistischen Zielwert sieht mehr nach Etablierung eines Erbhofes aus statt nach problemlösungsorientiertem Arbeiten.

## Technologietrends und Sicherheitspolitik

Mit dem Unterausschuss für „Technologietrends und Sicherheit“ der parlamentarischen Versammlung der NATO war ich Anfang Juni in Washington. Dort hatte ich u.a. die Gelegenheit mit Experten der NASA, mit Vertretern der „Rand Corporation“ sowie Mitgliedern von Kongress, Repräsentantenhaus und State Department über technologische Entwicklungen im militärischen Bereich zu sprechen.

Weltweit schreitet der Wandel von einer kohlenstoffbasierten Wirtschaft mit Öl und Gas hin zu einer auf Mineralien basierenden Wirtschaft mit Rohstoffen wie z.B. Lithium und seltenen Erden in hohem Tempo voran. Gleichzeitig schreitet die technische Entwicklung von Künstlicher Intelligenz und von Quantencomputern rasant voran. Schon heute ist kein Kampfflugzeug, kein militärisches Kommunikationsmittel, keine moderne Lenkwaffe ohne diese mineralischen Rohstoffe zu fertigen.

Die Volksrepublik China hat die strategische Bedeutung dieser Rohstoffe schon lange erkannt. Mittlerweile dominiert und kontrolliert China den Weltmarkt für kritische Rohstoffe und die darauf aufbauende Verarbeitung zu nutzbaren Vorprodukten einschließlich der Lieferketten.

Während China konsequent seiner Strategie folgt, hat Deutschland bisher keinen Plan, wie es die Abhängigkeit seiner Lieferketten von China verringern kann. Dies alles vor dem Hintergrund der ideologisch durchgepeitschten Energietransformation und der wachsenden Rivalität zwischen China und den USA. Schlimmer noch, die Bundesregierung hat Deutschland durch selbstzerstörerische Sanktionen geschädigt und in neue Abhängigkeiten getrieben. Die USA erleben durch die steigende Nachfrage aus Deutschland nach Fracking Gas ein Konjunkturprogramm und wollen, wie mir bei meinen Gesprächen im State Department mitgeteilt wurde, die Produktion um 50% erweitern.

Kein Wunder, nachdem man Europa von günstigem russischen Gas abgeschnitten hat! Es zeigt sich eben immer mehr: Der große Gewinner des Krieges in der Ukraine sind die USA: Sie verkaufen in Europa Waffen in Milliardenhöhe und nutzen die neue Energieabhängigkeit von ihnen ebenfalls aus. Eine echte Win-Win-Situation, für die USA nicht für Deutschland und Europa.

### Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- NATO Parlamentarische Versammlung



/GeroldOttenAfD



@gerold\_otten



/gerold.otten

Web: [www.mdb-otten.de](http://www.mdb-otten.de)



/t.me/MdB\_Otten

## EU will linke Presse und NGOs vor Gericht nun (noch) besser stellen

Nachdem die Hinterzimmer in der EU bereits den sog. Hinweisgeberschutz ausgebrütet haben, welcher bei Unternehmen genau das fördern soll, was die Kommissions-Bürokraten selber am meisten fürchten, nämlich Interna nach außen zu geben, wird es nun noch dreister. Missstände aufdecken gut und schön, ging aber bereits bisher über Quellenschutz der Presse. Außerdem war bereits diese „Whistleblower“-Regelung Gift für kleine und mittlere Unternehmen und damit wieder einmal gerade den deutschen Mittelstand. Da man in der EU jedoch sowohl von freiem Unternehmertum als auch wirklicher Rechtsstaatlichkeit sehr wenig hält, möchte man nun sogar den Weg vor Gerichte für (insbesondere) Unternehmen einschränken, die sich Vorwürfen und damit immer potentiellen Verleumdungen ausgesetzt sehen.

Englisch wird dies SLAPP genannt, sinngemäß „Strategische Klagen gegen öffentliche Auseinandersetzungen“. Im Original euphemistisch „public participations“ was gleich darstellt, wer der Gute und wer der Böse ist. Derjenige, welcher stets verdächtigen Unternehmen Dinge vorwirft, wie etwa nicht ökologisch genug zu sein, falsche Bücher zu verlegen oder allzu gewinnorientiert zu sein will natürlich nur „die Öffentlichkeit beteiligen“, bzw. steht gleich selbst praktischerweise für diese.

Gegen diese Personen oder Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) wurde von betroffenen Unternehmen bisher gerichtlich vorgegangen. Wegen Geschäftsschädigung und vielen anderen Ansätzen, die natürlich dazu dienen, den „Ankläger“ in die Defensive zu treiben. So etwas nennt sich aber Rechtsstaat, denn am Ende entscheiden Gerichte, ob an der Abwehrmaßnahme etwas dran ist oder nicht. Dies ist auch für das Unternehmen nicht ungefährlich, sollten sie keine weiße Weste haben.

Die SLAPP-Richtlinie sah nun vor, dass Gerichte ohne echte juristische (Vor-)Prüfung Klagen abweisen sollen, wenn eine Konstellation „böses Unternehmen versus gute Zivilgesellschaft“ im Raum steht. Das ist geradezu grotesk und natürlich ideologisch.

Sogar Union und FDP ging das nun etwas zu weit und man „verhandelt weiter“. Natürlich heulen Verdi und ähnliche Protagonisten auf und haben schon ihre Lobbyisten in Marsch gesetzt um wieder eine Verschärfung zu erreichen. Unstrittig sind höhere Hürden und Sanktionen, wenn Unternehmen sich strategisch wehren. Als AfD stehen wir aber für den Rechtsstaat für jedermann und lehnen jede ideologische Einteilung in gute und weniger gute „Kasten“ vor Gericht ab.

### Tobias Peterka, MdB stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

#### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Unterausschuss Europarecht
- Rechtsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Wahlausschuss

 /tobiaspeterka  tobias.peterka@bundestag.de

 /tobiaspeterka

## Fleischverbote & Co, die neue Ernährungsstrategie der Ampel

Die Grünen wollen deutschlandweit eine pflanzenbasierte Ernährung durchsetzen. Alles klingt wie aus einem dystopischen Roman: Erstens soll Fleisch so teuer gemacht werden, dass es sich normal verdienende Menschen nicht mehr leisten können; geplant ist hier eine Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie verschiedenen Sondersteuern. Weiterhin sollen Fleisch und Wurst im Supermarkt und auch bei Buffets und Veranstaltungen so versteckt werden, dass es nicht zu sehen oder schwieriger zu erreichen ist. Auch ein mögliches generelles Werbeverbot für Fleisch beinhaltet das Papier. Des Weiteren möchte man vor allem in Schulkantinen das Essen komplett umstellen, weil Kinder als Multiplikatoren neue Werte und Normen in die Familien tragen - also indoktriniert werden sollen. Genau das kennt man aus totalitären Regimen. Und wenn die Eltern dann doch mal heimlich ein paar Würstchen grillen, sollen die Kinder gleich Meldung machen.

Dieser größte Fleischverbotsplan aller Zeiten umfasst als „Ernährungswende“ getarnt auch Restaurants und Kantinen. Hier sollen Gerichte ohne Fleisch als Standard auf der Speisekarte angeboten - und Fleischgerichte auf gesonderten Speisekarten aufgeführt und nur auf Nachfrage herausgegeben werden. Auch vor den Einkaufskörben machen die Pläne nicht halt: Dort werden speziell gekennzeichnete kleine Bereiche vorgeschlagen, die genau vorgeben, wie groß die gekauften Fleischmengen – wenn man sie denn im Supermarkt gefunden hat – sein dürfen. Wer dann vier statt zwei Würstchen kauft, ist schon potenziell verdächtig. Ich habe in der letzten Sitzungswoche im Ausschuss unseren Landwirtschaftsminister befragt. Er versucht sich heraus zu lavieren, die Papiere wären von der DGE (Deutsche Gesellschaft für Ernährung) durchgestochen worden und hätten mit seinem Ministerium nichts zu tun. Nachdem er Werbung für Süßigkeiten und Knabberereien verbieten möchte geht es nun auch an Molkereiprodukte, die dem Ministerium zufolge zu viel Fett enthielten. Künftig sollen auch Käse, Quark und sogar Naturjoghurt auf die Liste des ungesunden Teufelszeugs verbannt werden und möglichst aus der Werbung und dann vielleicht irgendwann aus den meisten Supermarktregalen verschwinden. Milchindustrieverbände und Bauernverband schnauben, sie haben die Nase gestrichen voll. Die Eingriffe und Verbote der Grünen werden immer absurder, gefährlicher und totalitärer - auf vielerlei Ebenen.

Als ernährungspolitischer Sprecher werde ich an diesem Thema dranbleiben, dass wir auch zukünftig selbst entscheiden können, was wir essen.

### Peter Felser, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu  
Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag  
Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellv. Mitglied
- Verteidigungsausschuss

 [peter.felser@bundestag.de](mailto:peter.felser@bundestag.de)

 [@PeterFelser](https://twitter.com/PeterFelser)

 [/peterfelserafd](https://www.facebook.com/peterfelserafd)

 [www.peterfelser.de](http://www.peterfelser.de)

## Runter mit den Krankenkassenbeiträgen!

Eine alarmierende Entwicklung erschüttert die Gesundheitslandschaft: Gesetzlich versicherte Arbeitnehmer übernehmen eine übergroße Last, um die milliarden schwere Unterfinanzierung der Gesetzlichen Krankenkassen auszugleichen. Mit einem historischen Rekordbeitrag von 16,2% vom Bruttolohn übertrifft Deutschland die Österreicher um das Doppelte und Schweizer um das Dreifache! Aber auch das reicht nicht aus, um die Krankenkassenkosten langfristig zu stabilisieren: Gesundheitsminister Lauterbach hat gerade für 2024 weitere Beitragserhöhungen angekündigt.

Doch woher stammt das Finanzloch der Krankenkassen überhaupt? Ein Jahr nach der Flüchtlingswelle, in 2016, hat die Bundesregierung ihre Zuschüsse an die Gesetzliche Krankenversicherung für ALG-II-Empfänger um knapp 40 Prozent pro Kopf reduziert, wie meine schriftliche Anfrage ergeben hat. Und siehe da, jetzt war genug Geld übrig, um auch die im Jahr zuvor eingewanderten ausländischen ALG-II-Bezieher mit Krankenversicherungszuschüssen zu versehen, ohne dass die Regierung den Steuerzahler zusätzlich zur Kasse bitten musste. Einige Krankenkassen hatten sich damals nicht entblödet, zu behaupten, die Flüchtlinge stärkten die Krankenkassen. Im Gegenteil: die regulär Versicherten, die aus ihrem eigenen

Einkommen ihre Krankenversicherung zahlen, finanzieren unsere ausländischen Dauergäste unfreiwillig mit. Das hat ihnen bisher einfach niemand ver-raten.

Inzwischen sind mehr als die Hälfte der jetzt „Bürgergeld“-Empfänger genannten ALG-II-Bezieher Ausländer. Die Zuschüsse der Bundesregierung decken aber noch immer nur ein Drittel ihrer tatsächlichen Kosten ab. Einen großen Teil der Differenz zahlt nach wie vor der Beitragszahler. Es ist sein Recht, zu erfahren, dass ihm durch die Bundesregierung auch auf diesem Weg etwas „weggenommen“ wird, da sie auf diesem Weg ihre Migrationspolitik finanziert. Wir fordern deswegen

1. eine deutliche Entlastung der Krankenversicherten
2. die vollständige Übernahme der Krankenversicherungskosten von Bürgergeld-Empfängern durch den Bund
3. den Stopp der Masseneinwanderung in die Sozialsysteme

### Gerrit Huy, MdB

Wahlkreis 226: Weilheim

#### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obfrau im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Arbeitsmarktpolitische Sprecherin
- Obfrau Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
- Stellv. Mitglied im Finanzausschuss

 [gerrit.huy@bundestag.de](mailto:gerrit.huy@bundestag.de)

 [@GerritHuy](https://twitter.com/GerritHuy)

 [/gerrithuy.afd](https://www.facebook.com/gerrithuy.afd)

 [www.gerrithuy.de](http://www.gerrithuy.de)

 [@gerrithuy.afd](https://www.instagram.com/gerrithuy.afd)

 [t.me/gerrithuy](https://t.me/gerrithuy)

 YouTube

 [@gerrithuy](https://www.tiktok.com/@gerrithuy)

## EU-Asylpolitik gescheitert: Außengrenzverfahren lösen nicht das Kernproblem

Unter dem Druck der immer stärker werdenden nationalkonservativen Regierungen in Europa angesichts der sich ständig weiter verschärfenden Asyl- und Migrationskrise, versucht die EU nun die Asylverfahren an die EU-Außengrenzen zu verlagern. Dies soll allerdings nur für eine Minderheit von Migranten gelten, die aus Ländern mit einer Anerkennungsquote von unter 20% kommen (und ihr Herkunftsland auch ehrlich angeben...). Bei der verpflichtenden Umverteilung der Asylsuchenden auf die EU-Mitgliedstaaten sollen sich aufnahmeunwillige Regierungen mit 20.000 Euro pro abgelehnter Aufnahme herauskaufen können – also nur ein Bruchteil der nach Prof. Raffelhüschen für jeden Migranten im Lebensverlauf in Deutschland anfallenden 450.000 Euro Kosten.

Gegen diesen neuesten EU-politischen Irrsinn, der das Problem der Migrationskrise nicht wirklich an der Wurzel packt, durfte ich bei meiner ersten Rede im Plenum des Deutschen Bundestags am 25. Mai zu Felde ziehen (Auszüge): „Solange Asylsuchende problemlos ein höheres Gesamteinkommen aus den sozialen Sicherungssystemen erzielen können als viele voll berufstätige und hart arbeitende Bürger und auch Rentner unseres Landes, behält der Migrationsmagnet Deutschland seine unwiderstehliche Anziehungskraft für weite Tei-

le der stark wachsenden Weltbevölkerung bei. [...] Daher muss das Problem der Massenmigration nach Europa ehrlicherweise an der Wurzel gepackt werden, statt durch ein zentralistisches GEAS-System weitere Kompetenzen im Asylbereich und damit Souveränität von Berlin zur nicht demokratisch legitimierten EU-Kommission nach Brüssel zu schaufeln. Schutz bei wirklicher politischer Verfolgung und Krieg sollte nach dem Proximitäts-Prinzip erfolgen, das heißt so nahe wie möglich an der Herkunftsregion. Ich habe hierzu 2020 eine ausführliche Konzeptstudie mit dem Titel „Wege aus der Migrationskrise“ für die ID-Fraktion des EU-Parlaments erarbeitet. Das kleine, sozialdemokratisch regierte Dänemark will genau diesen Weg der Asylhilfe nach dem Nähe-Prinzip seit 2021 gehen, mit Schutzzentren in sicheren Regionen außerhalb Europas. [...] Wir von der AfD – als zukünftige Regierungspartei – würden solch vernünftigen Sozialdemokraten wie den dänischen ohne Zögern die Hand reichen. Denn anders als alle anderen Parteien hier im Deutschen Bundestag – so die sich langsam aber sicher durchsetzende Wahrnehmung der Bürger –, wissen diese noch, von wem sie gewählt wurden und mit welchem Auftrag: Vom eigenen Volk und – um den eigenen Bürgern zu dienen.“

### Dr. Rainer Rothfuß, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

#### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union
- Stellvertretendes Mitglied: Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)

 [rainer.rothfuss@bundestag.de](mailto:rainer.rothfuss@bundestag.de)

 /Dr.Rainer.Rothfuss

 [www.rainer-rothfuss.de](http://www.rainer-rothfuss.de)

 [t.me/rainerrothfuss](https://t.me/rainerrothfuss)

 /@DrRainerRothfu

 /DrRothfuss

**Gefällt Ihnen unser  
Rundbrief?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:  
[landesgruppe@afdbayern.de](mailto:landesgruppe@afdbayern.de)



**Politik für Deutschland  
AfD Bayern im Bundestag**